

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

15.10.1924 (No. 241)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. u. u.
Karlshöhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und andwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,00 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein
Seitenbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antik
wischer Beirteilung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Sperre, Absperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in
unserer Lieferant, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen.

Die Regierungskrisis im Reich

Während Deutschland in Amerika zwei große Erfolge, einen technischen (die Ankunft des Zeppelins) und einen finanziellen (die Überzeichnung der Anleihe), verbuchen kann, nimmt die Regierungskrisis in Berlin ihren Fortgang. Allerdings wird wohl heute die Entscheidung fallen, also die Entscheidung darüber, ob eine Rechtskoalition zustandekommt, oder ob der Reichstag aufgelöst wird.

Die augenblickliche Situation ist folgende: Nachdem die Reichstagsfraktion des Zentrums gestern einstimmig beschlossen hatte, daß die Beibehaltung der bisherigen Regierungskoalition zu erstreben sei, war es an der Deutschen Volkspartei, das letzte Wort zu sprechen. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat das getan, indem sie sich gegen die Fortsetzung der bisherigen Koalition und für die einseitige Erweiterung des Kabinetts nach rechts erklärte und wissen ließ, daß sie aus der Koalition austreten werde, falls die Rechtsweiterung nicht zustandekäme. Die Zentrumsfraktion hat darauf einen neuen Beschluß gefaßt, der eine Beteiligung der Partei an der Rechtskoalition zuzugibt, sie aber von der Mitbeteiligung der Deutschdemokraten abhängig macht. Die Deutschdemokraten werden heute endgültig Stellung nehmen. Fällt diese Stellungnahme gegen die Rechtskoalition aus, so wird wohl der Reichstag unverzüglich aufgelöst werden.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei bemerkt in ihrer oben erwähnten Resolution, daß sich die bisherige Koalition nicht als arbeitsfähig erweisen habe, und daß deshalb eine Erweiterung stattfinden müsse, und zwar nach Ansicht der Deutschen Volkspartei nur eine Erweiterung nach rechts. Dieser Bemerkung muß man im Interesse der historischen Wahrheit entgegenstellen. Gewiß war die Position der bisherigen Regierungskoalition nicht sehr fest. Aber faktisch hat sie nicht nur die ordnungsgemäße Fortführung der Regierungskoalition als solcher ermöglicht, sondern sogar recht bedeutende und recht erfreuliche Erfolge errungen. Und selbst über dem verfassungsändernden Eisenbahngesetz, ist sie nicht gestolpert.

Es hat doch gar keinen Zweck, die Wahrheit verschleiern zu wollen! Die Wahrheit ist, daß die Deutsche Volkspartei sich den Deutschnationalen gegenüber bereits so stark gebunden hatte, daß sie nicht mehr anders handeln konnte, als sie gehandelt hat. Und selbstverständlich entsprach diese Bindung auch den inneren Tendenzen, die z. B. die Deutsche Volkspartei beherrschten. Sie weiß, daß schon in allernächster Zeit der sogenannte „Kampf um die Verteilung der Lasten“ in erhöhtem Maße entbrennen wird. Und die Interessen der die Partei beherrschenden Wirtschaftskreise drängen sie naturgemäß mehr zu einem Bündnis mit den Deutschnationalen, als zu einem Bündnis mit den Sozialdemokraten.

Das alles ist ganz folgerichtig, und man braucht sich darüber auch gar nicht aufzuregen. Dann ist es aber auch gewiß nicht nötig, daß immer wieder Versuche gemacht werden, um die Wahrheit zu entstellen. Und Tatsache ist und bleibt nun einmal, daß die Deutsche Volkspartei von sich aus die ganze Krisis entsefelt hat. Erst die kommende Zeit wird lehren, ob das zum Nutzen oder zum Schaden des Vaterlandes geschehen ist.

Was die Deutschnationalen anlangt, so haben sie gerade in den letzten Tagen alles getan, um der Deutschen Volkspartei die Stellungnahme zu erleichtern. Sie haben sich in aller Form und ohne jede Einschränkung mit den bekannten Richtlinien des Reichskanzlers einverstanden erklärt. Nur wer aus irgend einem Grunde die Dinge befangen und voreingenommen betrachtet, wird die Bedeutung dieses Ereignisses verkennen, d. h. unterschätzen. Eine glänzendere Rechtfertigung der bisherigen deutschen Regierungspolitik kann es nicht geben, als die Tatsache, daß nunmehr die Deutschnationalen dieser Regierungspolitik in ihren Grundzügen zustimmen. Sie stellen sich damit genau auf den Platz, den bisher schon die Deutsche Volkspartei eingenommen hat. Wie man denn überhaupt im Augenblick zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationaler Volkspartei nur noch recht unwesentliche Unterschiede beobachten kann.

Töricht wäre es, zu meinen, daß bei alledem die Fahrt nach rechts gegangen wäre. Rund das Gegenteil ist der Fall. Die Tendenz der Entwicklung bei den Rechtsparteien, allgemeinpolitisch gesehen, geht unbedingt nach links, d. h. praktisch nach der Mitte zu. Und zwar bei den Deutschnationalen so sehr, daß man es begreifen kann, wenn Laufende von deutschnationalen Wählern und viele deutschnationalen Zeitungen über das Rasende dieser Tat geradezu entsetzt sind.

Von diesem Entsetzen werden vielleicht die Deutschvölkischen profitieren; die letzte Chance, die ihnen das Geschick bietet. Ohne diese Chance wären sie wohl heute schon bankrott. Man denke einmal: der mit so großem Getöse angezeigte „Deutsche Tag“ in Bruchsal, bei welchem man Laufende von Teilnehmern erwartete, ist von nur 500 oder, wie die gewiß unverdächtige T. U. meldet, von nur 300 jungen Leuten beiderlei Geschlechts besucht gewesen. Und alle Meldungen aus dem Reich bestätigen den Eindruck, daß die deutschvölkische Bewegung in der Auflösung begriffen ist. Das Reichsbanner aber hat mit seinen Mitgliedern die dritte Million bereits überschritten.

Aber, um auf die Deutschnationalen zurückzukommen: Was haben die nicht alles abgeschworen müssen! Sie müssen gemäß den Richtlinien des Reichskanzlers die Weimarer Verfassung und mit ihr die Republik hinnehmen und sich zu ihrem Schutz verpflichten, sie müssen die auf Versöhnung und friedlichen Wiederaufstieg gerichtete Außenpolitik des Kabinetts Marx akzeptieren, sie müssen die Dawesgeleiße durchführen helfen und sie müssen sich überhaupt Auffassungen aneignen, wie sie einst ein Rathenau gehabt hat, ein Rathenau, der von ihnen mit so tödlicher Leidenschaft bekämpft wurde. Daß den deutschnationalen Wählern das alles nicht behagt, kann man verstehen. Ob sie aus diesem Unbehagen ganz bestimmte Konsequenzen ziehen werden, das werden schon die nächsten Monate zeigen.

Bei dieser Gelegenheit eine kurze Entgegnung an die Adresse der „Mannheimer Volksstimme“. Das Mannheimer sozialdemokratische Blatt rühmt sich an unserer Bemerkung, daß „die Parteien für die Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft leider noch nicht reif gewesen seien“. Wir können die Gedankengänge, die die Volksstimme dazu äußert, an sich begreifen. Sie sind vom Standpunkt sozialdemokratischer Parteipolitik und auch vom Standpunkt eines gefühlsmäßigen Republikanismus her betrachtet, gerechtfertigt. Aber wir haben hier die Dinge staatspolitisch zu betrachten. Und da ist und bleibt die Zusammenfassung möglichst starker Kräfte des Volkes, also die Politik der Volksgemeinschaft ein Ziel, das man nicht außer Acht lassen darf. Im übrigen möge die „Mannheimer Volksstimme“ auch ihrerseits bedenken, welche eine Verbeugung vor der Republik und vor der Weimarer Verfassung die ganze Politik der Deutschnationalen in den letzten Wochen gewesen ist.

Und wenn auch hier und da hinter dieser Politik noch immer gewisse, für die Republik unfreundliche Absichten schlummern, so brauchen wir sie wahrlich nicht zu fürchten. Die Republik und die Weimarer Verfassung stehen heute fest genug da, um ernste Bedrohungen auszuweichen. Die Putschgelüste werden den Rechtsparteien wohl vergangen sein, sie müssen sich anbequemen und müssen eben mitarbeiten! Das ist der tiefere Sinn der innerpolitischen Ereignisse der letzten Wochen. Wirtschafts- und sozialpolitisch gesehen, mag die Teilnahme der Deutschnationalen an der Regierung unter Umständen zu einer Gefahr werden. Doch scheint es uns nicht Aufgabe der „Karlsruher Zeitung“ zu sein, sich in die wirtschafts- und sozialpolitischen Kämpfe in der Weise einzumischen, daß sie sich auf die Verteidigung der Interessen einer Gruppe festlegt. Die „Mannheimer Volksstimme“ wird es zu würdigen wissen, wenn sich ein Regierungsorgan hier Neutralität auferlegt, wenigstens solange, als nicht ganz bestimmte Symptome eine unmittelbare Gefahr für das gesamte Vaterland, für das Reichsganze offenbaren.

Die Aufwertungsfrage

Im Unterausschuß des Aufwertungsaußschusses des Reichstages wurde am Dienstag die Aussprache über die Möglichkeit der Rückvergütung von Aufwertungsansprüchen, auch wenn bereits die Annahme und die Rückzahlung ohne Vorbehalt erfolgt, fortgesetzt.

Im Laufe der Diskussion wies Reichsfinanzminister Dr. Luther darauf hin, daß durch das Wiederaufleben von Forderungen, die durch rechtswidrige Geschäfte erledigt seien in die Verhandlungen des Ausschusses ein neuer Gedanke getragen wurde, der sich logisch in keiner Weise in den Aufwertungsgrundsätzen einfügen ließe. Vor allen Aufwertungsfragen müsse zuerst das Steuerproblem und das Finanzgleichgewichtsproblem gelöst werden. Die Erhöhung der Zinszahlen für Hypotheken, oder gar die Erhöhung oder Aufwertung der Hypotheken würde sich beim städtischen Hausbesitz in einer Erhöhung der Mieten auswirken, was gerade jetzt wirtschaftspolitisch falsch sei. Er warne daher, in diesem Moment der allgemeinen wirtschaftlichen Umstellung eine Mieterhöhung vorzunehmen. Der Minister hat schließlich die Abstimmung so lange ausgesetzt, bis das Kabinett in einer Regierungsbeschlusse über die Frage Stellung nehmen könne. Nach weiterer Aussprache vertagte sich der Ausschuß, ohne eine Abstimmung vorgenommen zu haben.

Parteien und Reichsregierung

Die heutigen Fraktionsführungen

BB. Berlin, 15. Okt. (Tel.) Im Reichstag trat heute vormittag der Vorstand der Zentrumsfraktion zu einer Sitzung zusammen, an der auch Reichskanzler Dr. Marx teilnahm. Die Vertreter des Zentrums haben sich inzwischen mit den demokratischen Führern in Verbindung gesetzt und aus den Besprechungen feststellen müssen, daß der getriggerte Zentrumsbeschluß eine Änderung in der Haltung der Demokraten nicht herbeiführen werde. Diese sind nach wie vor der Meinung, daß die Bildung eines Bürgerbündes die schwersten inner- und außenpolitischen Gefahren in sich birgt und daß eine Beteiligung daran für sie unmöglich sei. Das Zentrum sieht sich daher vor eine neue Situation gestellt. Die Reichstagsfraktion des Zentrums wird in ihrer Sitzung, die heute nachmittag 3 Uhr beginnt, dazu Stellung nehmen. Die Demokratische Fraktion ist ebenfalls für 3 Uhr einberufen, die Fraktion der Deutschen Volkspartei für 4 1/2 Uhr, die Deutschnationalen Fraktion für 5 Uhr.

Die demokratische Reichstagsfraktion hatte am Dienstag mittag einstimmig folgende Entschliessung angenommen: „Die demokratische Reichstagsfraktion ersucht den Reichskanzler, weitere aussichtslose Verhandlungen über eine Aenderung der Regierung nicht mehr zu führen und vom Reichstag zu verlangen, daß er es der Regierung ermögliche, die Außenpolitik fortzusetzen und zum Ziele zu führen, die sie zur Befreiung deutschen Landes und zur Aufrichtung der deutschen Wirtschaft in die Wege leitet.“

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei veröffentlichte folgende Erklärung: „Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung vom 14. Oktober von den Beschlüssen des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei Kenntnis genommen und kann diese nur als Ablehnung der Zustimmung zu der Rechtsweiterung der Reichsregierung auffassen. Die Deutsche Volkspartei gelangte nach Prüfung der hierdurch geschaffenen Lage einstimmig zu dem Ergebnis, an ihrer bisherigen Stellungnahme festzuhalten. Die Voraussetzungen, die gemeinsam mit dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei für die Zulassung der Deutschnationalen Volkspartei nach den Wahlwahlen aufgestellt wurden, sind erfüllt worden. Vorbehaltlose Annahme der Richtlinien der Reichsregierung als geeignete Grundlage für eine Regierungserweiterung durch die Verhandlungsführer der Deutschnationalen Volkspartei und Beibehaltung der Kanzlerschaft und des Auswärtigen Amtes durch die bewährten Führer sind die Bürgerpflichten für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik auch bei einer Zulassung der Deutschnationalen Volkspartei. Diese Zulassung ist zugleich eine Notwendigkeit der staatlichen Konsolidierung und der parlamentarischen Gesundung. Die Koalition der Mitte geriet infolge ihrer numerischen Schwäche von einer parlamentarischen Krise in die andere. Ihre Fortführung biete keine Gewähr für eine Vermeidung dieser Krisen. Die bisherige Koalitionsregierung würde im Gegenteil mit Sicherheit binnen Kurzem zum Schaden der deutschen Außen- und Innenpolitik in parlamentarische Verwicklungen geraten. Die Deutsche Volkspartei hält infolgedessen eine Fortführung der bisherigen Koalitionsregierung praktisch für unmöglich. Wenn sich aus der derzeitigen parlamentarischen Situation eine neue Krise ergibt, die zur Auflösung des Reichstages führt, so trifft nicht die Deutsche Volkspartei die Schuld; eine Annahme ihrer Vorschläge würde die Krise vermeiden und eine dauernde Konsolidierung der Regierung zur Fortführung ihrer Aufgaben ergeben. Von diesem Gesichtspunkte ging die Partei bei ihrer bisherigen Haltung aus und aus demselben Grunde hält sie an ihrer Auffassung fest.“

Die Zentrumsfraktion des Reichstages gab am Dienstag abend am Schlusse ihrer Sitzung folgenden Beschluß bekannt:

„Nachdem die Beibehaltung der gegenwärtigen Regierung, die das Zentrum einmütig gewünscht hat, abgelehnt wurde, erklärt die Zentrumsfraktion ihre Bereitwilligkeit einer Erweiterung der Regierung nach rechts auf dem Boden der vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien zuzustimmen, falls die Demokraten auch in der Regierung verbleiben.“

Auffindung eines kommunistischen Waffenlagers. Das am Sonntag bei dem kommunistischen Funktionär Knack in Berlin aufgefundene, zum Teil auf dem Hausboden unter Prekholz versteckte umfangreiche Waffenlager, war, wie sich aus den bei Knack vorgefundenen Papieren ergibt, für den Ordnungsdienst der sogenannten proletarischen Hundertschaften bestimmt. In Knacks Besitz befanden sich Aufzeichnungen über Waffenlager und militärische Unterrichtsbücher, wie sie vom Ordnungsdienst zur Unterweisung seiner Mitglieder benutzt werden, ferner Anweisungen an einzelne Kompanien usw., zu bestimmten Veranstaltungen eine festgesetzte Anzahl Mannschaften zu stellen oder in Alarmbereitschaft zu halten. Knack und seine Ehefrau, die den mit dem Ordnungsdienst eng verknüpften proletarischen Gesundheitsdienst als Samariter angehört, wurden in Haft genommen.

Vorträge Prof. Gumbels in Frankreich. Wie die Pariser „Ere Nouvelle“ berichtet, wird Prof. Gumbel von der Universität Heidelberg in der Zeit vom 20. bis 28. Oktober Vorträge über eine deutsch-französische Annäherung in Dijon, Orleans, Nantes, La Rochelle, Le Mans, Rennes und Le Havre halten.

Die deutsche Anleihe in Newyork überzeichnet

Die Subskription auf die deutsche Anleihe wurde, wie aus Newyork gemeldet wird, 12 Minuten nach der Eröffnung bei offensichtlich starker Überzeichnung geschlossen. Die Nachfrage nach der Anleihe war so groß, daß einige bedeutende Firmen, die Zeichnungstellen waren, sich gezwungen sahen, jede weitere Zeichnung abzulehnen, weil der auf sie entfallende Anteil bereits verkauft war. In der Fondsbörse wurden annähernd 850 000 Dollars zu 94%, bis 92% Prozent umgekehrt. Die deutsche Anleihe war am Dienstag das einzige haussierende Papier bei sonstiger allgemeiner Luftlosigkeit. Das Bankyndikat, das die Anleihe auslegte, arbeitet an der Fertigstellung der Zeichnerliste, um die Stücke so bald als möglich zuzustellen. Das Bankhaus Morgan bezeichnete die Gerüchte, die von einer zehnfachen Überzeichnung wissen wollten, als übertrieben.

Das Ende der Regie am 10. Dezember

W.B. Paris, 14. Okt. „Intransigent“ berichtet, daß die französisch-belgische Eisenbahnregie, wie nunmehr feststeht, am 10. Dezember um 12 Uhr mittags ihr Ende findet. Das französisch-belgische Personal wird im Laufe dieses Tages seine Arbeiten einstellen. Was die 4800 Hilfsarbeiter (4000 Franzosen und 800 Belgier) anbetrifft, so sei vorgesehen, daß sie eine Entschädigung von einem Monatsgehalt erhalten. Die französischen und belgischen Eisenbahnarbeiter werden nach dem Übergang der Arbeiten in die Verwaltung der Reichseisenbahn in die Heimat zurückkehren und wieder in ihre ehemaligen Stellungen eintreten.

Die Räumung von Dortmund-Hörde

W.B. Düsseldorf, 14. Okt. Nach einer an die deutsche Abordnung in Düsseldorf gelangten Mitteilung der Befehlshaber steht nunmehr endgültig fest, daß die militärische Räumung der Zone Dortmund-Hörde mit Ablauf des 22. Oktobers beendet sein wird. Zum gleichen Zeitpunkt wird der von den Franzosen zu Beginn der Ruhraktion besetzte sogenannte Gürtel um den Brückenkopf Köln, der das Gebiet von Lohwinkel, Remscheid, Wipperfurth und Hubertshausen umfaßt, von den Truppen geräumt.

Am Dienstag haben die französischen Truppen den Eisenbahnnotenpunkt Westhofen, über den die Linien Frankfurt a. M.—Hamburg, Hamburg—Köln und Leipzig—Köln führen, geräumt, nachdem die französischen Zollbeamten bereits vor einigen Tagen zurückgezogen worden waren. Die Bevölkerung veranstaltete große Freudekundgebungen.

Der Wechsel im Oberkommando der franz. Rheinarmee. Das „Tagblatt“ meldet aus Köln, daß General Degoutte gestern nach Paris abgereist sei und damit der Wechsel im Oberkommando der französischen Rheinarmee offiziell vollzogen worden ist. Der Nachfolger Degouttes soll in etwa 2 bis 3 Wochen in Mainz eintreffen.

Politische Neuigkeiten

Die neuen Reichsmarknoten

Am Geldverkehr werden sich binnen kurzem die aus der Währungsreform ergebenden Veränderungen wie folgt abwickeln. Der Übergang zur neuen „Reichsmark“ wird im Rotenweiser scharf beschleunigt. In 14 Tagen wird man, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, die neuen gebetteten Banknoten zu 10, 20, 50, 100, und 1000 Reichsmark in genügender Menge fertiggestellt haben, um mit der Verteilung auf die Bankbezirke zu beginnen, und dann in erster Linie solche Reichsmarknoten an Stelle von Willmarknoten auszugeben. In der Praxis dürfte das vom 6. Dezember ab vor sich gehen. Die Reinigung des Umlaufs von den rund 1800 Millionen Mark Rentenbanknoten verteilt sich gleichmäßig über einen langen Zeitraum; denn sie ist abhängig von der Tilgung der Reichsverpflichtungen und von der Abtragung der 800 Millionen Mark, zurzeit bei der Reichsbank laufenden, demnächst zu etwa fünf Ahtel an die Rentenbank-Kreditanstalt weiterzuführenden Agrarwechsel. Schneller wird dagegen der Umlauf der größeren Willmark-Abschnitte von statten gehen; man hofft, daß im Dezember ihre Aufrufung einsehen kann. Für die Befreiung der kleineren Abschnitte zu 1, 2 und 5 Willmark bedarf es aber der flotteren Unterstützung durch die Münzprägung, deren Fortschritte unter diesem Gesichtspunkte bisher nicht genügen. Im ganzen bestehen jetzt für 1519 Millionen Mark befristungsfähige Willmark-Abschnitte der Reichsbank in allen Größen. Die Privatnotenbanken haben es einfacher als die Reichsbank, denn ihr Papiermarknotenumlauf konnte, dank den Rentenbankdarlehen und dem teilweise stärker ausgenutzten Kreditlimit sehr niedrig gehalten werden (z. B. eigener Umlauf der Bayerischen Notenbank nur 6782 B.M., Badische 6375 B.M., Württembergische 3648 B.M.).

Künftig muß aber der Debel noch angefaßt werden bei der Wiedereinbürgerung der kleinen Pfennigmünzen. Die Keller der Reichsbank liegen voll davon, aber die privaten Bank- und Fabrikbanken scheuen vielfach die Mühe, dieses Geld in den Verkehr zu filtern. So kommt es, daß immer noch die Preise und Zahlungsborgänge des täglichen Bedarfs auf fünf oder zehn Pfennig willkürlich aufgerundet werden — sehr zum Schaden des Preisniveaus und der bürgerlichen Sparlichkeit. Es erscheint unbedingt nötig, daß die Kaufkraft des einzelnen Pfennigs wieder hergestellt und gewahrt wird, und daß zu diesem Zwecke die sämtlichen gewerblichen und bankmäßigen Geldverteilungsstellen, die Lohnkommissionen, vor allem auch die öffentlichen Kassen der allgemeinen Untugend und Bequemlichkeit entgegen und das kupferne Kleingeld einbürgern helfen.

Der Konflikt im Rechtsausschuß des Reichstages

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Reichstages, Kay (Kommunist), hatte auf Dienstag nachmittag eine Sitzung anberaumt, trotzdem in der letzten Sitzung des Ausschusses die Vertreter der bürgerlichen Parteien mit Ausschluß der Nationalsozialisten erklärten, daß sie unter diesem Vorsitzenden keine Sitzung mehr abhalten wollten. Am Dienstag waren lediglich die Kommunisten und Sozialdemokraten vollzählig erschienen, außerdem Fahrhorst (NS), der sofort nach Eröffnung der Sitzung die Beschlussfähigkeit des Ausschusses angezweifelte. Der Ausschuß trat aber in die sachliche Verhandlung über das Wiedererwerbungsverfahren gegen die Urteile der bayerischen Volksgerichte ein. Inzwischen hatte der Abg. Fahrhorst den Saal verlassen. Der Ausschuß verhandelte über einen kommunistischen Antrag, wonach die vom Reichspräsidenten erlassene Verordnung vom 17. Juni betr. die Neuordnung der Rechte der Presse aufgehoben werden soll. Die Aufhebung der Verordnung wurde von allen Ausschußmitgliedern beschlossen.

Die verweigerte Auslieferung des Erzbergermörders

Im Auswärtigen Amt zu Berlin, ist die Note der ungarischen Regierung, in der die Auslieferung des Erzbergermörders Schulz verweigert wird, eingetroffen. Die Auslieferung wird mit der Begründung abgelehnt, daß es sich um eine po-

litische Straftat handelt. Es wird dabei auf die Stellungnahme der deutschen Regierung in der Angelegenheit der Mörder Tiszas Bezug genommen. Die Antwort der deutschen Regierung ist in Vorbereitung. Die Veröffentlichung der beiden Noten dürfte zu gleicher Zeit erfolgen.

Das Ungarische Korrespondenzbüro berichtet: Wie aus verlässlicher Quelle verlautet, beschloß die Regierung, die Landesverweisung des städtischen verurteilten Schulz-Förderer.

Aus Breslau wird gemeldet: Der deutsche Staatsangehörige Wilschowsky, der unter dem Verdacht verhaftet wurde, mit dem Erzbergermörder Tillesen identisch zu sein, wurde gestern früh einem neuerlichen Verhör unterzogen, in dessen Verlauf er gestand, daß er als Mitglied der Geheimorganisation C von dem Attentatsplan gegen Erzberger gewußt und daß er sich zur kritischen Zeit wiederholt Tillesen genannt habe. Jede weitere Antwort lehnte er ab. Am Abend wurde das Verhör fortgesetzt. Nach langem Hören erklärte der Verhaftete, mit dem gesuchten Mörder Tillesen identisch zu sein, fügte aber gleichzeitig hinzu, daß ein Mann dieses Namens überhaupt nicht existiere. Er habe den Namen zur Zeit des Nordes angenommen. Als er jedoch hörte, daß die deutsche Regierung ihn unter dem Namen Tillesen städtisch verfolgte, habe er sich Friedmann genannt. Man glaubt jedoch, daß Wilschowsky mit seinem Geständnis die Behörden irreführen will, um sie von der Spur Tillesens abzulenken.

Kurze Nachrichten

Austritte aus der demokratischen Partei. Die demokratische Reichstagsfraktion teilt mit: „Der Abg. Dr. Boehme ist aus der demokratischen Reichstagsfraktion ausgeschieden. Der Vorsitzende des Bauernbundes, der Abg. Wachsberg de Wente bleibt Mitglied der demokratischen Partei. Dr. Boehme ist auf der Reichsliste gewählt worden. Er ist Geschäftsführer des Deutschen Bauernbundes und hat sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen. — Auch der preussische Landtagsabgeordnete Westermann, der dem Deutschen Bauernbund angehört, ferner die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats Schmidtkeis und Hartort (Schweppen), die Mitglieder der demokratischen Partei waren, sind aus der Partei ausgetreten und haben sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen.“

Das Preisgericht des deutschen Friedenspreises setzte nunmehr sämtliche Preise endgültig fest: halbe erste Preise von 2500 Dollar an Dr. E. David, Mitglied des Reichstages, Darmstadt, und Dr. W. Riebler, Sölln bei München, ein zweiter Preis von 1500 Dollar an Dr. G. Jobler, Berlin-Sieglin, ferner 35 Anerkennungspreise von je 100 Dollar. Anerkennungspreise erhielten u. a. Generalmajor a. D. Frhr. v. Schmalz-Reinfeld, Reichsminister a. D. Dr. V. Dornburg, Berlin-Grünwald, Ministerpräsident a. D. Graf Lehndorff, Staatsrat a. D. Sommer, Wandsbeck, und Chefredakteur G. Bernhardt-Berlin.

Eindernung von Reservisten in Spanien. Ein königliches Dekret beruft, wie aus Madrid gemeldet wird, die Ersatzreserven dreier Jahrgänge zu den Fahnen. Unter Beibehaltung der Rekrutenquote von 1923 wird diese für das Jahr 1925 auf 85 000 Mann festgesetzt.

Badischer Teil

Rücktritt des Landesschlichters Dr. Jolly

Es wird bekannt, daß Landgerichtsrat Dr. Jolly sein Amt als Schlichter für Baden niedergelegt hat. Sein Nachfolger ist noch nicht ernannt. Vorläufig werden die Geschäfte von dem stellvertretenden Schlichter, Regierungsrat Häußner vom Oberberufungsamt, erledigt.

Die Heidelberger Verkehrs-Konferenz

Der am letzten Samstag im „Europäischen Hof“ in Heidelberg abgehaltenen Verkehrs-Konferenz wohnten auch Vertreter der Reichsbahndirektionen Karlsruhe, Frankfurt a. M. und Mainz bei.

Von Schweizer Seite wurde lebhafteste Klage geführt über die unzulängliche Ausgestaltung der durchgehenden Verbindung Frankfurt-Karlsruhe-Basel mit Anschluß nach der Schweiz und Italien. Diese internationale Durchgangslinie weist heute nur noch sechs Schnellzüge auf gegen 14 im Frieden, wobei die Fahrtzeit 2½ Stunden mehr als vor dem Kriege beträgt. Dazu ist noch der Verlust des gesamten Holländerverkehrs infolge des Regiebetriebs festzustellen. Ferner wurde auf die Verzögerung und die Schließung der Linie sowie die Wiedereinführung schnellfahrender Züge (sogenannter Stadtschnellzüge) für die Rheintallinie und andere Strecken des Reiches gefordert.

In der Aussprache konnte der Badische Verkehrsverband darauf verweisen, daß die vorgetragenen Wünsche zu wiederholten Malen zum Gegenstand von Eingaben an die zuständigen Stellen gemacht und energig vertreten wurden, namentlich auch mit Bezug auf die Befreiung der Bad- und Zollhemmnisse. Man erhofft in dieser Richtung eine nachfolgende Besserung. Lebhaften Anklang fand die Tatsache, daß die badischen und schweizerischen Interessenten in der vorliegenden Verkehrsfrage zusammenarbeiten.

Seitens der Reichsbahndirektion Karlsruhe wurde erklärt, daß man betrübt sei, mit der fortschreitenden Besserung der Verkehrsverhältnisse die Verbindung über die Rheintallinie durch Verdichtung der Zugfolge und Vermehrung der durchgehenden Züge dem Friedensstande allmählich näher zu bringen. Die Reubehebung des Holländerverkehrs werde mit dem Ende des Regiebetriebs am 16. November zu erwarten sein.

Der Vorsitzende der Versammlung, Handelskammerpräsident René-Mannheim, gab hiernach seiner Enttäuschung Ausdruck, daß man mehr die Zukunft als die Gegenwart in den Vordergrund schäbe. Angesichts der linksrheinischen Konkurrenz laufe die Rheintallinie Gefahr, erdrückt zu werden.

Die folgenden Redner unterstrichen diese Darlegungen und betonten, daß Baden durch den Verfall der Vertrag in eine geographisch und politisch so ungünstige Lage gedrängt worden sei, daß das Reich schon aus rein moralischen Gründen die Verpflichtung habe, die westlichen Grenzlande nicht zurückzulassen.

Die Vertreter der großen badischen Städte Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Baden-Baden, Offenburg und Freiburg erinnerten an die schweren Nachteile, welche die Verkehrserschließung diesen Plätzen bringe und z. B. in dem großen Umfange der Arbeitslosigkeit und dem erscheinenden Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen ihren Ausdruck finden.

Die Konferenz hatte das Ergebnis, daß eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Schweiz, Baden, Hessen und Frankfurt a. M. gegründet wurde zu dem Zweck, die Wünsche und Beschwerden in einzelnen zu präzisieren und den zuständigen Reichs- und Landesstellen zu unterbreiten.

Tagung des badischen Textil-Einzelhandels

In Karlsruhe fand am Sonntag eine von der Landeszentrale des badischen Einzelhandels einberufene Tagung des gesamten badischen Textil-Einzelhandels statt, die von den Vorhabern und Vertretern der bedeutendsten Firmen des badischen Landes besucht war. Die Tagung wurde vom Landesvorsitzenden Rud. Hugo Dietrich eröffnet, der auch die Herren Dr. Deite und Dr. Borchardt-Berlin willkommen hieß. Der Vorsitzende gab gleichzeitig dem Wunsch Ausdruck, daß auch die von der Rein-Baum AG., Berlin, im badischen Handelshof veranstaltete Ausstellung sich regen Besuchs erfreuen möchte.

Sodann erhielt das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Reichsbundes des Textil-Einzelhandels, Herr Dr. Deite-Berlin, zu längerem Referat das Wort. Er warnte vor der Ansicht, als stünden wir gewissermaßen am Vorabend einer neuen Konjunktur, als bestünde begründete Aussicht, die Wirtschaft über kurz oder lang wieder auf einen gewissen Höhepunkt zu bringen. Nur der Kaufmann handle richtig, der sich jederzeit vor Augen hält, daß es eine Konjunktur in unseren Verhältnissen bestenfalls nur für diejenigen Geschäfte gebe, die ihre Absatzbasis im Auslande haben, daß aber alle Geschäfte, deren Umsatz im Inlande fußt, nicht über die Tatsache unserer allgemeinen Verarmung und über die Tatsache der durch die Friedenssäfte übernommenen Verpflichtungen hinwegkommen. Was uns helfen kann und was allen den Umsatz zu steigern vermag, sei nicht eine Verteuerung der Ware, sondern eine Hebung der Kaufkraft der an sich beschränkten Zahlungsmittel durch eine Verbilligung der Waren. Aber die Grenze sei gezogen in den Bedingungen der Vorlieferanten, und ob wir einer Verbilligung des Textilwarengeschäftes entgegengehen können, das werde einzig und allein davon abhängen, ob bei den Vorlieferanten eine merkbare und spürbare Senkung der Preise sich einstellt. Unsere Industrie habe sich bisher zu einer Angleichung ihrer Preise an die Weltmarktpreise nicht entschließen können. Sie führe hierfür eine ganze Reihe von Argumenten ins Gesicht, die einer genaueren Nachprüfung nur zum Teil standhalten vermögen. All die bestehenden Schwierigkeiten seien nicht dadurch zu lösen, daß die Industrie immer wieder vertritt, die gesteigerten Lasten auf andere Schultern abzuwälzen, sondern sie müsse versuchen, der Schwierigkeiten aus eigener Kraft Herr zu werden. Vorläufig verhalte sich die Industrie noch hinter abgeschlossenem Anhängeln der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft und sie finde hängeln der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft Handelspolitik eine kräftige Stütze dabei in unserer abwegigen Handelspolitik. Solange die Industrie hinter dem Glasdach sitzt, das ihr durch Einfuhrverbote und durch maßlos erhöhte Zölle geschaffen ist, so lange werde ihr psychologisch der Anreiz und die Notwendigkeit fehlen, sich so zu verhalten, wie es den Interessen der Allgemeinheit entspricht. Mit den Zollbehandlungen, die jetzt im Gange sind, werde auf lange Zeit hinaus entschieden werden, welchen Weg die deutsche Wirtschaft nimmt und welche Möglichkeiten dem Handel gegeben werden, wieder auf die Höhe zu kommen. Redner wies in seinen weiteren Darlegungen auf den außerordentlich starken Druck der Lieferantenkartelle hin, ging dann auf die derzeitigen Zahlungs- und Lieferungsbedingungen näher ein, streifte kurz die schwerwiegenden Folgen, die aus der immer noch nicht verschwundenen Disparitätsklausel entstehen können und leitete dann zum Schluß über, bei in einem warmen Appell an den engsten Zusammenschluß des gesamten Textil-Einzelhandels ausklang.

Der Landesvorsitzende erteilte sodann dem Syndikus des Verbandes deutscher Wäschegeschäfte und Wäschereifabrikanten, Dr. Borchardt-Berlin, das Wort.

Herr Dr. Borchardt gedachte zunächst gleichfalls der Schwierigkeiten, die sich aus der Umstellung in die jetzigen, völlig veränderten Verhältnisse ergeben haben und warf dann die praktische Frage auf: „Sollen wir laufen oder sollen wir zurückhalten?“ Die Antwort, die sich aus seinen feinsinnigen Erläuterungen hierzu ergab, lautete: „Einen vorläufigen Einkauf nie unterbrechen!“ Redner streifte in seinen weiteren Ausführungen eine ganze Reihe der bedeutendsten Fragen unserer Wirtschaft, so vor allem die Frage der Kapital- und Kreditnot und Steuerfragen, bei denen er sich besonders eingehend mit der Kleinhandelssteuer beschäftigte, deren Verbilligung nicht nur im Interesse des Einzelhandels, sondern im Interesse der Gesamtheit der Konsumenten betrieben werden müsse. Die Währungsreform stehe uns leider noch bevor und es sei eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß die Inflationslesenz manchmal als ein schlimmerer Zustand empfunden werde, als die eigentliche Inflation. Deshalb sei es auch unbedingt erforderlich, wenn gewisse Kreise des Einzelhandels heute denken, sie brauchen die Verbände nicht mehr.

Am Anschluß an diese Referate wurde sodann in eingehender Aussprache die Frage eines engeren Zusammenschlusses des organisierten badischen Einzelhandels mit dem Reichsbund des Textil-Einzelhandels bzw. dessen Bezirksverein Baden erwogen. Nach längerer Debatte beauftragte die Versammlung einmütig den Vorstand der Landeszentrale des badischen Einzelhandels, den Anschluß auf bestmöglichem Wege vorzunehmen.

In der weiteren Aussprache gedachte Herr Geschäftsrat Mannheim der Bemühungen von Industrie und Großhandel, dem Einzelhandel eine besondere Steuer aufzulegen und die Umsatzsteuer restlos auf den Einzelhandel abzuwälzen. Redner kam die Frage der Schutzölle zur Erörterung, wobei besonders die Herren Kender-Freiburg und Albers-Mannheim auf die außerordentliche Bedeutung dieser Frage für den Einzelhandel hinwiesen. Nicht nur der Einzelhandel selbst, sondern auch die Verbrauchergruppe hätten alle Veranlassung einer Erhöhung der Schutzölle, wie sie in der neuen Zolltarifliste gebildet seien, entgegenzutreten.

Nach kurzer Mittagspause tagten sodann gesondert der Bezirksverein Baden des Reichsbundes des Textil-Einzelhandels und der Bezirksverein Baden des Verbandes deutscher Wäschegeschäfte und Wäschereifabrikanten.

Tagungen

Am Sonntag fand in Balingen unter Beteiligung von Abordnungen aus ganz Baden die erste Versammlung des Diözesan-Cäcilienvereins Freiburg statt. An dem Festgottesdienst am Vormittag in Münster und an der fröhlich-sittlichen Andacht am Nachmittag im Benediktiner sowie an der nachfolgenden weltlichen Feier in der Festhalle beteiligten sich Tausende, die aus Nah und Fern herbeigeeilt waren. Die Festpredigt am Vormittag hielt Stadtpfarrer Haller-Lörrach, die Ansprache im Benediktiner Kloster Prior Dominikus Jöcher-Neuron, die Festrede in der Festhalle der Diözesanpräses, Domkapellmeister Schweizer-Freiburg.

Von den badischen Hochschulen. Privatdozent Dr. Martin Sönderer an der Universität Bonn wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 zum ordentlichen Professor der Philosophie an der Universität Freiburg ernannt.

Dr. Pforzheim, 13. Okt. Das Neuhimmelfahrt ist am gestrigen Sonntag der Öffentlichkeit übergeben worden.

DZ. Balingen, 10 Okt. Dieser Tage feierte hier der älteste Bürger unserer Gemeinde, Martin Deel I in bester Blüthezeit seinen 90. Geburtstag.

DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK

KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN



FILIALE KARLSRUHE i. B.

Kaiserstr. 76 (Am Marktplatz)

Aus der wertbeständigen Mark
zieht Nutzen, wer sie sicher und zinsbringend anlegt!
Unsere Scheck- und Sparkonten bieten hierzu Gelegenheit!

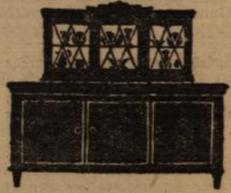
Badisches Landestheater.
Donnerstag, 16. Okt. 7^{1/2}—10 Uhr. Sp. I M. 4.80.
Außer Abonn. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3601—4000.
Gleichzeitig Volksbühne Nr. 2.
Weh dem, der lügt.

Eugen von Steffelin

Fernspr. 261 **Karlsruhe** Fernspr. 261
D. 658
**Möbeltransport
Lager :: Spedition**

Die
Bad. Baustoffbeschaffung

G. m. b. H.
Karlsruhe i. B.
Kaiserstraße 26 Fernruf 5308
beschafft sämtliche
zum Wohnungsbau nötige
Baumaterialien
zu äußerst billigen Preisen D. 644



**HERVORRAGEND
SIND FORM UND GÜTE DER
BAUBUND
MÖBEL**
AM RONDELLPLATZ
ECKE ERBPRINZEN U. KARL-FRIEDR.-STR.
EIGENE VERKAUFSTELLEN:
KARLSRUHE-KARL-FRIEDRICH-STRASSE 23
MANNHEIM-SCHLOSS-RECHTER FLÜGEL
PFORZHEIM-THEATERSTRASSE 15
FREIBURG-METZGERAU 6
OFFENBURG-STEINSTR. 2
MOSBACH-HAUPTSTR. 12

Guter Schlaf ist das Beste
Seilmittel.
Metallbetten für Groß und Klein, mit oder
ohne Zubehör, Stahlmatrassen, an Private.
Bequeme Bedingungen. Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Steuerabzug

Bei uns erhältlich:
Lohnzettel
(Antiliches Muster 2, § 40)
**Lohnsteuer-
Überweisungsblätter**
(Antiliches Muster 4, § 43)
Nachweisungen
(Antiliches Muster 5)
Zusammenstellungen
(Antiliches Muster 6)

Verlag G. Braun & Co. m. b. H.
Karlsruhe, Karlsriedrichstraße 14

Ihr Gang nach Mühlburg lohnt sich

Große Auswahl in

D. 608

Completten Wohnungs-Einrichtungen

nur Qualitätsware **Einzel - Möbel** Zahlungs-Erleichterung

Möbel- u. Bettenhaus **Heinrich Karrer**

nur **Karlsruhe - Mühlburg, Philipstr. 19**

Kein Laden, nur Lager. Billige Preise

Kostenlose Zufuhr und Aufstellung per Auto auch nach Auswärts

Industrie - Ausstellung
Gießerei-Lehrfach-Ausstellung

VORTRÄGE

vom 5. Oktober bis 10. November 1924
STÄDTISCHE AUSSTELLUNGSHALLE

Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends
Eintritt 30 Pfennig

D. 629

Buchdruckerei und Verlag

G. m. **G. Braun & Co.**
ehemals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsriedrichstraße 14
Karlsruhe

Modern eingerichtete
leistungsfähige Buchdruckerei

Herstellung von
Werken, Zeitschriften
und Druckfähen
jeder Art

Schnelle und sorgfältige Ausführung

auszuschließen und eintreten
den Falls über die in § 132
der Konkursordnung be-
zeichneten Gegenstände auf
Dienstag, 11. Novbr. 1924,
vormittags 10 Uhr,
und zur Prüfung der
angemeldeten Forderungen
auf
Dienstag, 11. Novbr. 1924,
vormittags 11 Uhr.

Allen Personen, welche eine
zur Konkursmasse gehörige
Sache im Besitz haben
oder zur Konkursmasse etwas
schuldig sind, ist auf-
gegeben, nichts an den Ge-
meinschuldner zu verab-
folgen oder zu leisten, auch
die Verpflichtung auferlegt,
von dem Besitze der Sache
und von den Forderungen,
für welche sie aus der Sache
abgesonderte Befriedigung
in Anspruch nehmen, dem
Konkursverwalter bis zum
4. November 1924 Anzeige
zu machen.
Donauerschingen,
den 9. Oktober 1924.
Der Gerichtsschreiber
des Amtsgerichts.

Donauerschingen,
den 9. Oktober 1924.
Der Gerichtsschreiber
des Amtsgerichts.

882. Karlsruhe. Nach-
träglicher Prüfungstermin
im Konkursverfahren über
das Vermögen des Josef
Rehmer, Schuhfabrikant
in Karlsruhe-Kippurr, ist
auf Freitag, den 31. Oktober

1924, vormittags 11^{1/2} Uhr,
vor dem Amtsgericht Karls-
ruhe, Akademiestraße 8,
2. Stock, Zimmer 150, be-
stimmt.
Karlsruhe, 10. Okt. 1924.
Gerichtsschreiber
Badischen Amtsgerichts A 4.

Karlsruhe, 10. Okt. 1924.
Gerichtsschreiber
Badischen Amtsgerichts A 4.

**Grundstücks-
Zwangsversteigerung**

2.890. Karlsruhe. Im
Verfahren der Zwangs-
vollstreckung soll das unten
beschriebene, in Karlsruhe
gelegene, im Grundbuche
von Karlsruhe, Band 152,
Heft 4, zur Zeit der Ein-
tragung des Versteigerungs-
vermerks auf den Namen
des Ingenieurs Willibald
Näher in Pforzheim einge-
tragene Grundstück am
Freitag, 19. Dezember 1924,
vormittags 10 Uhr,
durch das Notariat — in
den Diensträumen Kaiser-
straße 184, 2. Stock, Zim-
mer Nr. 10, in Karlsruhe
— versteigert werden.
Lsg. Nr. 3127: 1 a 88 qm
Gofraite. Hieraus steht:
a) ein dreistöckiges Wohn-
haus, b) ein vierstöckiger
Wohnhausbau, c) ein zwei-
stöckiger Querbau. Haus
Wiesbachstraße 20.

Restaurationen Ausstellungshalle

Inhaber: Bundschuh und Glausinger

D. 641

Reichhaltige Frühstücks-, Mittags- und Abendplatten
la Weine — ff. Moninger Biere und Kaffee
Täglich Künstler - Konzerte

Eintrittspreise für Ausstellung inkl. Konzerte 30 Pfennig

Schätzung: 14 000 Mark.
Der Versteigerungsver-
merk ist am 29. August 1924
in das Grundbuch einge-
tragen worden.
Die Einsicht der Mit-
teilungen des Grundbuch-
amts, sowie der übrigen
das Grundstück betreffen-
den Nachweisungen, insbe-
sondere der Schätzungsur-
kunde, ist jedermann ge-
stattet.
Rechte, die zur Zeit der
Eintragung des Versteige-
rungsvermerks aus dem
Grundbuch nicht zu ersehen
waren, sind spätestens in
der Versteigerungstagsfahrt
vor der Aufforderung zur
Abgabe von Geboten an-

zumelden und, wenn der
Gläubiger widerspricht,
glaubhaft zu machen. An-
dersfalls werden diese
Rechte bei der Feststellung
des geringsten Gebots nicht
berücksichtigt und bei der
Verteilung des Versteige-
rungserlöses dem Ansprüche
des Gläubigers und den
übrigen Rechten nachgesetzt
werden.
Wer ein der Versteige-
rung entgegenstehendes
Recht hat, muß vor der
Ereilung des Zuschlags
die Aufhebung oder ein-
willige Einstellung des
Verfahrens herbeiführen.
Andernfalls tritt für das
Recht der Versteigerungs-

erlös an die Stelle des
versteigerten Gegenstandes.
Karlsruhe, 11. Okt. 1924.
Badisches Notariat IV
als Vollstreckungsgericht.

Radellangholzverkauf
Das Badische Forstamt
Nehlingen (Amt Walds-
hut) verkauft freihändig
aus dem Staatswald etwa
1000 fm. Stämme und
Abstücke in 10 Losen.
Auskunft und Anträge
durch das Forstamt 2.858
Schriftliche Angebote in
Prozenten der badischen
Goldgrundpreise vom De-
zember 1923 bis zum 29.
Oktober, 12 Uhr mittags,
erbeten.

Druck G. Braun, Karlsruhe.